

# Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

## (4. Kapitel SGB XII)

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ist eine bedarfsdeckende Leistung zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch, 12. Buch (SGB XII) für bestimmte Personengruppen. Innerhalb des SGB XII ist die Grundsicherung gegenüber der Hilfe zum Lebensunterhalt eine vorrangige Sozialleistung. Die Grundsicherung ist einkommens- und vermögensabhängig.

Anspruchsberechtigt auf Leistungen der Grundsicherung sind Personen **ab Erreichen der Altersgrenze nach § 41 SGB XII**. Schon mit der Vollendung des 18. Lebensjahres sind Personen dann antragsberechtigt, wenn sie **aus medizinischen Gründen voll erwerbsgemindert** sind und es unwahrscheinlich ist, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann.

Weitere Voraussetzung ist, dass der gewöhnliche Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gegeben ist.

Allerdings stehen Leistungen der Grundsicherung nur zu, soweit Einkommen und Vermögen nicht oder nicht in ausreichender Höhe vorhanden sind, um den Bedarf zu decken. Es ist also eine Bedürftigkeit erforderlich.

Wenn Leistungsberechtigte mit einem Ehegatten oder einem Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft zusammen leben, so wird auch deren Einkommen und Vermögen berücksichtigt. Darüber hinaus kann die Unterhaltspflicht des getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten eine Rolle spielen. Die Unterhaltspflicht von Eltern und Kindern bleibt dagegen unberücksichtigt, es sei denn, dass im Einzelfall ein sehr hohes Einkommen vorhanden ist (mehr als 100.000 € jährlich).

Keinen Anspruch auf Grundsicherung haben Personen, die ihre Bedürftigkeit in den letzten 10 Jahren vor der Antragstellung vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Leistungsberechtigte nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz haben ebenfalls keinen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung.

Die Leistung wird in der Regel für zwölf Kalendermonate bewilligt. Bei der Erstbewilligung beginnt der Bewilligungszeitraum am Ersten des Monats, in dem der Antrag gestellt worden ist.

Die Gewährung der Grundsicherung ist nicht von einer vorherigen Beitragszahlung abhängig. Es handelt sich also nicht um eine Versicherungsleistung. Ob ein Rentenanspruch besteht oder nicht, ist bedeutungslos. Finanziert wird die Grundsicherung aus allgemeinen Steuermitteln.

Die Berechnung der Grundsicherungsleistung orientiert sich an den Regelungen zur Berechnung von Hilfe zum Lebensunterhalt.

Die Grundsicherung umfasst regelmäßig je Person eine Regelleistung, die **Unterkunftskosten** sowie ggf. **Mehrbedarfszuschläge** bei bestimmten Fallgestaltungen. Eventuell kommen noch die Beiträge zur freiwilligen **Kranken- und Pflegeversicherung** hinzu. Einkommen und Vermögen werden - wie im sonstigen Sozialhilferecht - auf den so ermittelten Bedarf angerechnet.

Zusätzliche Leistungen für **einmalige Bedarfe**, für **Bildung und Teilhabe** sowie im Einzelfall ergänzende **Darlehen** sind in dem Umfang möglich, wie es nach den Regelungen zur Hilfe zum Lebensunterhalt vorgesehen ist.

Wesentliche Unterschiede zur Hilfe zum Lebensunterhalt sind insbesondere die Antragsabhängigkeit, die Bewilligung für einen Zeitraum von in der Regel einem Jahr, die nur sehr eingeschränkte Berücksichtigung gesetzlicher Unterhaltspflichten sowie die Tatsache, dass die Grundsicherung ihrem Wesen nach eine Dauerleistung darstellt, während die Hilfe zum Lebensunterhalt grundsätzlich nur als vorübergehende Nothilfe gedacht ist.

Wir informieren Sie gern ausführlich, ob Sie Grundsicherung beanspruchen können und wie hoch die Leistung in Ihrem konkreten Falle wäre.

### ***Notwendige Unterlagen***

Für einen Antrag auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden regelmäßig verschiedenste Unterlagen benötigt, die der Antragsteller mitbringen sollte. In aller Regel sind folgende Nachweise erforderlich:

Vollständige Einkommensunterlagen, Belege über eventuelles Vermögen, Mietvertrag, Mietbescheinigung, Nachweise über laufende Ausgaben, Schwerbehindertenausweis (falls vorhanden), geeignete Bescheide über Erwerbsminderung (bei Antragstellern unter 65 Jahren), z.B. Rentenbescheid, ärztliche Atteste, Untersuchungsbefunde, Krankenhausberichte usw. oder amtsärztliches Gutachten. Das Sachgebiet Soziales informiert jeden Antragsteller ausführlich, welche Unterlagen vorzulegen sind.